

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementpreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 2,40 M.  
Mitgliedsbeiträge haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
Leipzig  
Teicher Straße 32, IV., Volkshaus  
Telephonruf 7502.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 70 Pfg. für die einspaltige  
Pfeilzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen  
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 42.

Sonnabend, den 18. Oktober 1919.

23. Jahrgang.

## Lohnbewegungen

Gesperit sind: Travertinwerk in Langensalza; Firma Gottes, Neubau 6. Asbach, Odenwald, Firma Braunschweig, Jöhensbühl, Werkplatz Gustav Gersch-Söhne Steinhilf, Betrieb des Steinmetzmeisters Wilhelm Schumann in Olfershausen; sämtliche Betriebe im Granitbezirk Kappelrodt (Schwarzwalde); Firma Mertel in Liegnitz; Firma Doll in Friedberg (Hessen).

**Königsberg (Pr.)** Am 11. Oktober wurden die Stundenlöhne für Steinmetzen auf 2,70 M., für Schleifer auf 2,50 M., für Zementarbeiter auf 2,40 M. und Plazarbeiter auf 2,20 M. festgesetzt. Zahlbar ab 7. September. Die Sperre ist damit aufgehoben.

**Deffau.** Die Werkplätze von Melchert und Sträß sind nach wie vor gesperrt. Die Arbeitgeber versuchen auf alle mögliche Art und Weise durch Umgehung des hiesigen Arbeitsnachweises Steinmetzen nach hier zu ziehen.

**Gerbach i. Bad.** Die hiesigen Unternehmer lehnen den Spruch des Schlichtungsausschusses ab; als die Kollegen am 29. September zur Arbeitsstelle kamen, wurde ihnen von den Unternehmern eine andere Bezahlung angeboten. Die Verweigerung der Anerkennung hatte zur Folge, daß die Kollegen ausgesperrt wurden.

**Hainburg.** Durch Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses wurde der Streik der Steinmetzen beigelegt. Die Stundenlöhne wurden in zwei Staffeln um insgesamt 25 Pf. erhöht.

**Berlin.** 50 Kollegen der Kunstgewerblichen Gruppe sind am 2. Oktober in den Streik getreten. Die Arbeitgeber zeigten bei der Zulagenbemessung zu wenig Entgegenkommen.

**Augsburg.** Der Streik wurde nach kurzer Dauer beendet, die veräumelte Arbeitszeit als volle Arbeitszeit entschädigt. Ab 29. September haben Steinmetzen 2,60 M., Schleifer 2,58 M., Hilfsarbeiter 2,55 M. Stundenlohn.

**Braunlage (Sax).** Der Streik im Schotterwerk wurde mit Erfolg beendet. Es wird nunmehr im Zeitlohn gearbeitet.

**Groß-Kunzendorf.** Für das hiesige Marmorgebiet wurde ein Tarifvertrag zum Abschluß gebracht. Die Gliederberechnung erfolgt auf der Grundlage des Denkmaltarifses.

**Grimmstedt.** Die Stundenlöhne im Quarzschiefergebiet wurden um 20 Pf., die Akkordlöhne um 25 Prozent aufgebessert.

**Penig (Sa.).** Bei der Firma Schneider u. Schöber haben eine Anzahl Plastersteinarbeiter wegen Nichtanerkennung der Forderungen den Betrieb verlassen und andere Arbeit angenommen. Arbeitsangebote nach Penig sind unbedingt abzulehnen.

**Söln.** Die Lohnbewegung der Marmorarbeiter ist noch nicht erledigt; bei Arbeitsangeboten zu beachten.

**Bezirkstarif für die Steinbruchbetriebe des Westerwaldes, der Betriebe am Rhein und der Brühlalbahn.**

Die Verhandlungen in Altenkirchen (Westerwald) führten zu einer Einigung. Es erfolgte eine Aufbesserung gegenüber den früheren Stundenlöhnen und Akkordpreisen um ca. 20 Prozent. Von unserem Verbands erfolgt für über 900 Kollegen eine vertragliche Regelung des Lohn- und Arbeitsverhältnisses.

**Kreuznach (Mosel).** Durch Verhandlungen wurde eine Einigung erzielt. Steinmetzen, Marmorhauer und Polsteure erhalten einen Stundenlohn von 2,40 M.

**Ruhrlandsteinbezirk.** Für das gesamte Gebiet der Ruhrlandsteinindustrie kam nach längeren Verhandlungen eine Einigung zustande. Steinmetzen, die ständig im Stundenlohn arbeiten, erhalten 2,90 M. Bei Akkordarbeiten für Steinmetzen, Plastersteinhauer und Steinbrecher Garantieung des Stundenlohnes von 2,50 M.; Tagelöhner im Steinbruch erhalten 1,90 M. bis 2,50 M. pro Stunde.

**Bonn.** Nach einem Streik von 3 Tagen wurde eine Einigung erzielt. Stundenlohn für Steinmetzen 2,60 M., für Polsteure 2,30 M., für Hilfsarbeiter 2,30 M. Sollten die Löhne der Maurer über 2,60 M. erhöht werden, dann steigt der Lohn bei den vorgenannten Kategorien noch um 10 Pf. darüber hinaus. Tarifdauer bis 1. Februar 1920.

**Wiesbaden.** Die Kollegen stehen in Lohnbewegung. Forderung: Stundenlohn für Steinmetzen, Marmorhauer und Polsteure 2,40 bis 2,50 M.

**Kirn an der Nahe.** Durch Verhandlungen wurde eine Einigung erzielt. Es wurde eine Aufbesserung der Stundenlöhne und Akkordpreise um ca. 20 bis 25 Prozent erzielt. Seitens der französischen Besatzungsbehörde nahm der Hauptmann Roques an den Verhandlungen teil. Der Vertrag hat Gültigkeit für über 300 Kollegen.

**Mainz.** Der Stundenlohn für Sandsteinmetzen wurde auf 2,50 M. und für Marmorarbeiter auf 2,30 M. gebracht.

## Bilanz.

II.

Im vorhergehenden Artikel haben wir in knappen Zügen auf die große Verantwortung hingewiesen, die das deutsche politische und gewerkschaftlich organisierte Proletariat durch die Revolution aufgebürdet bekommen hat. Es ist vermieden worden, eine bestimmte politische Richtung herauszuheben, weil wir der Meinung sind, daß die Schlussfolgerungen aus

den angeführten Tatsachen von jedem denkenden Arbeiter selber leicht zu ziehen sind.

Die gesetzlichen Maßnahmen, die im sozialistischen Sinne nach den Vorgängen des November 1918 festgelegt sind, und jene, die sich sonst nötig gemacht haben, um die Existenz der Republik zu sichern, ferner noch die Maßnahmen, die nicht ergriffen wurden, erfahren nun eine verschiedenartige Wertung. Teils werden sie mit einer wegwerfenden Geste abgetan, teils mit einem blinden Eifer bekämpft oder auch mit einem tränenden und einem hellen Auge betrachtet. Der Gegensatz ruht in der Zugehörigkeit zu einer politischen Richtung und hat als Ursache, daß ein Teil der Arbeiterschaft erst den Sozialismus und dann die Demokratie gelten lassen will; das sind die Befürworter der proletarischen Diktatur (Kommunisten) und die Anhänger des reinen Rätesystems, das alle wirtschaftlichen und politischen Aufgaben zu erfüllen hat (der größte Teil der Unabhängigen); während der andere Teil der Arbeiterschaft über die Demokratie zum Sozialismus kommen will und das parlamentarische System als Voraussetzung der Demokratie betrachtet (Alte Soz. Partei oder die sogenannten Mehrheitler). Mit anderen Worten gesagt, die letzteren beachten, daß ca. 40 Proz. des deutschen Volkes Anhänger der Sozialdemokratie und 60 Prozent auf Grund ihrer Erziehung, ihrer Stellung im Wirtschaftsleben und ihrer politischen Auffassung Anhänger der anderen Parteien sind. Diese 60 Prozent Volksgenossen sollen auch mitreden, wie sich das in einem demokratischen Staatsgebilde von selbst versteht, und nach und nach für den Sozialismus gewonnen werden. Dieses Moment lassen nun jene Politiker nicht gelten, welche die Demokratie als letztes Stadium ansehen. Entsprechend dieser Auffassung ist es nur zu natürlich, daß alle Maßnahmen der jetzigen Regierung als unzulänglich bekämpft und durchgreifende Anordnungen auf allen Gebieten zur Verwirklichung der sozialistischen Wirtschaftsordnung verlangt werden. Unbestimmt der Herrschaft unserer Volkswirtschaft. — Wie kam nun der Kampf an und in welchen Formen er teilweise ausgetragen wurde und noch wird, ist jedem hinlänglich bekannt. Nur wollen die Anhänger der Kommunisten und ein großer Teil der unabhängig gesinnten Arbeiter nicht recht anerkennen, daß gerade der Kampf innerhalb der Arbeiterschaft und die Art, wie er teilweise geführt wird, die Veranlassung ist, daß die Bilanz aus den verflochtenen Monaten kein anderes Resultat zeigt, und daß große Kreise der noch abseits stehenden 60 Prozent Volksgenossen gerade dadurch im entgegengesetzten Sinne beeinflusst worden sind. Das ist eine Tatsache, über die mit Worten nicht hinwegzukommen und womit für die Zukunft unbedingt zu rechnen ist.

Was hat denn eigentlich die Periode nach der Revolution dem Volksgenossen gebracht? Es lohnt sich schon, darüber eine kurze Aufstellung zu machen, denn in dem Tagesstreit wird es sehr oft übersehen:

1. Sie gab uns das freieste Wahlrecht der Welt.
2. Sie gab uns den Achtstundentag.
3. Sie hob die Gefährdungsordnung auf.
4. Sie hat die Ausnahmegebote gegen die Landarbeiter bejeigt.
5. Die Arbeiterschutzgesetze wurden von ihr sofort wieder in Kraft gesetzt.
6. Den Tarifverträgen im Arbeitsverhältnis hat sie gesetzliche Anerkennung verschafft.
7. Sie ordnete die obligatorische Einführung der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse in den Betrieben an.
8. Sie setzte Schlichtungsausschüsse für Arbeitsstreitigkeiten ein.
9. Sie sicherte soweit wie möglich die Existenz der Arbeiter und Angestellten in der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung.
10. Sie regelte die Einstellung, Entlassung und Entlohnung der Arbeiter und Angestellten in der kritischen Zeit des Waffentillandes.
11. Sie erließ eine vorläufige Länderechtsordnung, in der Bestimmungen enthalten sind über Arbeitszeit und Ueberstundenvergütung.
12. Sie errichtete Arbeitsämtern im Bergbau.
13. Weiter setzte sie Zuschüsse für Hausarbeit ein, um die Lücke im Hausarbeitsgebiet vom 20. Dezember 1911 auszufüllen.
14. Sie führte die völlige Sonntagsruhe im Handwerksgebiet ein.
15. Sie brachte die gesetzliche Erwerbslosenfürsorge zur Einführung.
16. Sie ordnete das Arbeitsnachweiswesen.
17. Sie traf Anordnungen zur Hebung des Arbeitermanages in der Landwirtschaft.
18. Sie regelte die Frauenarbeit in der Zeit der Uebergangswirtschaft.
19. Sie traf die verschiedensten Maßnahmen zugunsten der Kriegsbeschädigten, so unter anderem, daß in gewerblichen Betrieben auf je 100 entlohnte Personen ein Schwerbeschädigter einzustellen sei, in landwirtschaftlichen schon auf 50 entlohnte Personen.
20. Die Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge, darunter die Ludendorffwunde, übernahm sie in die Verwaltung des Reiches, um sie jedem Mißbrauch zu entziehen. Im ganzen Reich sind Vorkriegsgehälter gewährt, in denen auch der Einfluß der Fürsorgebedürftigen zur Geltung kommt.

21. Sie verbesserte das Verfahren in Militärverordnungsachen. Sie unterstellte die Rechtspflege in der Militärversorgung dem Reichsarbeitsamt und setzte Militärverordnungsgerichte ein auf der Grundlage der Selbstverwaltung und mit verordnungsberechtigten Personen als Beisitzer.

22. Sie ordnete an, daß bis zum Inkrafttreten dieser Reform auf die Renten eine Teuerungszulage von 40 Prozent gewährt werde. Auf ein Jahr darf keine Herabsetzung oder Entziehung der Versorgungsgebühren eintreten.

23. Sie hat ein Ziedelungsgejet geschaffen, das die Gründung und Vergrößerung von Kleinbauernstellen vorzieht, auf Kosten der staatlichen und privaten Großgüter.

24. Ein Sozialisierungsgesetz schaffen, Regelung der Kohlen- und Kaliumwirtschaft.

25. Die Mutterkassensfürsorge.

26. Eine Verfassung geschaffen, die von keinem anderen Staat aufzuweisen ist. Die dem Arbeiter und seinen Körperschaften entsprechenden Einfluß sichert. Die Arbeitskraft steht unter dem besonderen Schutz des Reiches.

27. Sie hat eine Vermögensabgabe und Besteuerung der großen Einkommen vorgeesehen, die den Besitzenden die Haare zu Berge getrieben haben.

Diese Liste kann bedeutend verlängert werden, viele Gesetze sind in Vorbereitung, alle mit dem Ziele, der Arbeiterschaft den nötigen Einfluß im öffentlichen Leben zu verschaffen.

Es ist ein Riesenergebnis des Fortschritts, an den früheren Zuständen gemessen und denen des Auslandes. — Das ist der schmale Weg, auf den wir am Schlusse unseres Artikels in Nr. 41 hingewiesen haben, der wohl noch besser gangbar gemacht werden kann, wenn ... ja, wenn die gesamte Arbeiterschaft will und den Klaffenden Riß in ihren Reihen zu verdecken versucht mit ehrlichem Willen!

III.

Es läßt sich nun nicht umgehen, wenn man aus den verflochtenen Monaten Bilanz zieht, auch der gewerkschaftlichen Organisationen zu gedenken, denn diese sind im einzelnen an den politischen Handlungen lebhaft interessiert. Deren Einheit hat den Wurm im Gebälk, trotz der politischen Neutralität, die im Interesse der Gesamtmitglieder und der geschlossenen Kampffront liegt. Der Streik der politischen Richtungen hat mehr oder minder die einzelnen Gewerkschaftsorganisationen erfasst, wo nun mit kaltem Blut ein Leistungsmerk herbeigeholt wird, das nur zum Schaden der wirtschaftlichen Existenzbedingungen der betreffenden Arbeiterkategorie wirken wird. Da sind zunächst die Syndikalistiker, deren Auffassung ist, daß die wirtschaftliche Aktion die alleinige Macht und Waffe des Proletariats ist. Von den Kommunisten wird eine einheitliche politisch-gewerkschaftliche Organisation erstrebt, unbekümmert um die Berufsunterschiede, eine sogenannte Union, also ein allgemeiner Gewerkschafts- und politischer Bund. Eine andere Strömung unter Kommunisten und Unabhängigen begeistert sich für die Betriebsorganisation und ihre Zusammenfassung nach Industrien, die am 21. September in Berlin feste Form angenommen hat unter der Firma: Revolutionäre Betriebsorganisation, Mitglied kann jeder Arbeiter werden, der sich zur Diktatur des Proletariats bekennt. Beitrag ist 50 Pf. pro Woche. Dann kommt die sogenannte gewerkschaftliche Opposition, die von Seiten der unabhängigen Partei besonders gestützt und gefördert wird, und der Zentralstelle der Betriebsräte in Halle, nahesteht. Eine andere Strömung, die auch unter den Unabhängigen, allerdings schwach vertreten ist, erklärt die Gewerkschaften überhaupt für erledigt, weil sie alle Hoffnung auf das Rätesystem legt.

Die Gegensätze in der Gewerkschaftsbewegung sind so alt wie die in der Partei, aber immer hat sich die Einheitsfront durchgesetzt nicht zum Schaden der Lohnarbeiterschaft. Die früheren Organisationszerstörer wurden abgestoßen und haben Bedeutung auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterschaft nicht erlangt. Auch ist es bezeichnend, daß viele von den jetzt ähnerst links stehenden Organisationszerstörern früher mancher in den Berichtigen gelben Organisationsgebilden tätig war oder sonst den Interessen der Arbeiter entgegenwirkte! Ein beweisenderer Zustand ist es nun für die Gewerkschaften gewiß nicht, wenn sie nunmehr bald ein halbes Tugend verschiedener Strömungen bemühen, die Führung in den Gewerkschaften an sich zu reißen. Die Kernfrage ist bei diesem Streit, ob zuerst die politische oder die wirtschaftliche Macht verwirklicht werden kann und muß. Wir haben die Auffassung, daß unser Bestreben darauf gerichtet sein muß, beide durchzuführen und zu behaupten; denn auf letzteres kommt alles an! Ein Zusammenhalt der einheitlichen Gewerkschaftsmitglieder ist da wohl am Platze, damit die Gewerkschaften nicht leidet. Endes die Rede zahlen für die Meinungsverschiedenheit auf politischem Gebiet. Gewiß lassen sich gewerkschaftliche und politische Neagen nicht identisch aneinanderhalten, so z. B. Sozialismus, Rätesfrage, Sozialpolitik, allgemeine Wirtschaftspolitik usw., es ist so selbstverständlich wie nur was, daß diese Fragen in den Gewerkschaftsversammlungen behandelt werden, aber die parteipolitischen Gegensätze, die sollen dort nicht ausgetragen werden; dagegen muß jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter sich wenden, nicht etwa im Interesse seiner Ähner, die so oft unterlassen wird, sondern weil die Einheitsfront im gewerkschaftlichen Kampfe heute noch ebenso notwendig ist wie früher und die wirt-

...die Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter...

...die Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter...

...die Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter...

...die Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter...

...die Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter...

...die Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter...

...die Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter...

Fränkisches Muschelfalksteingebiet

Der Schlichtungsausschuss in Würzburg beschloss...

- Mit Wirkung und entsprechender Nachzahlungspflicht ab 15. September 1919 ist a) ganz allgemein auf die Stundenlöhne...

Der Vertreter der Arbeitnehmer...

- 1. auf die bisherigen tariflichen Lohnsätze... 2. die Teuerungszulagen...

Die Arbeitgeber haben auf dem Standpunkt...

...die Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter...

...die Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter...

...die Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter...

...die Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter... die Arbeiter...

Entscheidungsgründe

Die Frage, ob der Schlichtungsausschuss überhaupt...

Es ist in der letzten Zeit eine solche ungeheure...

Zu dem kommt noch, dass bereits die Einzelstaaten...

Die Befürchtung der Arbeitgeber, es würde bei genereller...

Sind die Löhne jetzt hoch?

Die Löhne sind jetzt bei uns hoch im Vergleich mit der...

Nach der Lebenshaltung, d. h. vergleicht man die Reallohn...

Die Vorteile, die den deutschen Arbeitnehmern daraus...

zweimal, in Deutschland viereinhalbmal so teuer wie vor dem...

Wie hilflos selbst hervorragende Praktiker bei uns sind...

Nimmt man an, der deutsche Arbeiter habe vor dem Krieg...

Merkspruch

Und wie man im Privatleben unterscheidet zwischen dem...

Merkspruch

Ich habe, daß in den Städten der Stundenlohn durchschnit...

Merkspruch

Wie hilflos selbst hervorragende Praktiker bei uns sind...

Es stehen den Arbeitgebern andere Mittel zur Verfügung, ihre Arbeiter zur normalen Arbeit zu zwingen. Einmalig des Zeitpunktes, von welchem an die Lohnsätze zu bezahlen sind, hat der Schlichtungsausschuss den 15. September 1919 festgelegt. Am 16. September 1919 war die erste Sitzung anberaumt. Hätte diese Sitzung nicht aus irgendwelchen Gründen abgebrochen werden müssen — wer von den Arbeitgebern über Abnahme dieser Abhebung eigentümlich verurteilt, wird dargestellt — so wäre bereits am 16. September 1919 voraussichtlich der heutige Schlichtungsbeschluss auch in seiner materiellen Richtung gefasst worden. Es ist daher billig, den 15. September 1919 zum Beginn einer Lohnzahlungsperiode als Stichtag zu wählen. Wenn auch vielleicht die Verzögerung und Verzerrung der einzelnen Löhne und Teuerungszulagen den Arbeitgebern gewisse unüberwindliche Schwierigkeiten zu bereiten vermögen, so können diese Schwierigkeiten — von einer Unmöglichkeit kann wohl ernstlich nicht die Rede sein — die Billigkeitsgründe für die Festsetzung des Stichtages auf den 15. September 1919 nicht aus der Welt schaffen.

Es war somit zu erkennen, wie gesehen.  
(Folgen Unterzeichneten.)  
Für die Kollegen im französischen Reichsteil ist nun folgendes zu beachten: Auf die Schlussrechnung werden ab 15. September namentlich insgesamt 95 Prozent Teuerungszulage gefordert.

- Die Stundenlöhne, auch die garantierten, gestalten sich nun wie folgt:
- |          |   |             |
|----------|---|-------------|
| Kof. 51. | 1. Klasse 1.93 M.                                   | Steinmehlen |
|          | 2. Klasse 1.78 M.                                   |             |
|          | 3. Klasse 1.49 M.                                   |             |
| Kof. 53. | 1. Steinbrecher und Bessler 1.61 M.                 | Steinmehlen |
|          | 2. Steinbrecher allein 1.50 M.                      |             |
|          | 3. Hilfsarbeiter (Bruch- u. Werkplatz) 1.32-1.38 M. |             |
|          | 4. Angef. Schlichter u. Schmiede 1.67 M.            |             |

Für unter 18 Jahre alte Kollegen betragen die Löhne unter Ziffer 1: 1.34 M.; Ziffer 2: 1.43 M.; Ziffer 3: 1.27 bis 1.32 M.; Ziffer 4: 1.60 M.

Zu bemerken ist noch, daß auf alle vereinbarten Löhne ebenfalls die Teuerungszulage kommt.

Der Entscheid des Schlichtungsausschusses unterliegt nun noch der beiderseitigen Zustimmung.

## Konsumvereine und wirtschaftliche Neuordnung.

Die kommende Zeit wird auch in der Warenwelt neue Verhältnisse schaffen. Welche Richtung sie nehmen werden, ist heute noch völlig unklar; jedenfalls müssen sie aber in der Richtung der Genossenschaftsform liegen, wenn sie praktisch durchführbar sein sollen. Die Konsum-Genossenschaften bilden bereits ein weitgehend durchgeführtes System der Sozialisierung, vor dessen Störung durch Eingriffsvorgänge die allerhöchste Verbeugungsmaßnahme ernstlich zu warnen ist. Auf die gewaltigen Anforderungen, die die Neuordnung der Wirtschaft stellt, werden sich die Konsumgenossenschaften, die hierfür stets den richtigen Blick gehabt haben, rechtzeitig einstellen müssen. Sie erhoffen von den berufenen Stellen eine richtige Einschätzung ihrer wichtigen Stellung im Volkstaat und eine Förderung ihres ungenügenden, nur auf das Wohl der gesamten, besonders aber der wertvollsten Bevölkerung gerichteten Bestrebens. Diese Rücksichtnahme wird sich den Regierenden um so mehr nachlegen, als den nun einmal im Zuge unserer Zeit liegenden Wiederbestrebungen nur dann ein wirksamer Damm entgegengekehrt werden kann, wenn weiterreichende Organisationen vorhanden sind, die diesem Bestreben entgegenwirken, und dies sind die Konsumvereine von jeher gewesen. Diese kräftigen, aber auch sehr weichen Worte sind dem Geschäftsbericht eines großen süddeutschen Konsumvereins entnommen. Die Worte sind eine Mahnung an alle, die es angeht. Die Konsumvereine verlangen nicht legendäre Bevorzugung, sondern die richtige Einschätzung ihrer wichtigen Stellung, an der es bisher leider oft genug gefehlt hat.

Konsumgenossenschaftliche Arbeit in den Kommunalverbänden. Die Leitung des Kommunalverbandes Heppenheim a. d. B. kam kürzlich in die Hände eines bewährten Genossenschaftlers, und es zeigen sich dort schon die Früchte genossenschaftlichen Geistes. Unter der neuen Leitung hat der Kommunalverband den direkten Vertrieb der gesamten Schließwaren in eigene Regale genommen, der vorher kommissionarisch einem Kaufmann übertragen war, der gleichzeitig auch Kleinhändler ist. Der Umsatz des Kommunalverbandes betrug im ganzen vergangenen Wirtschaftsjahre in Schließwaren und frei erworbenen Waren 800 000 M., während man seit Übernahme des Betriebes durch den Kommunalverband in 4 1/2 Monaten für 1 200 000 M. Waren an die Bewohner des Kreises zur Verteilung bringen konnte.

Trotz der gewaltigen Widerstände des Darmstädter Großhandels ist es der neuen Leitung gelungen, den Zudeckhandel für den Kreis Heppenheim selbst in die Hand zu nehmen. So bezog der Kommunalverband für drei Monate bereits 100 000 Kilogramm Zucker von der Großhandelsfirma der deutschen Konsumvereine. Der Bezug von der Großhandelsfirma selbst und der direkte Vertrieb des Zuckers ermöglichte es dem Kommunalverband, die Ware um 8 bis 10 Prozent billiger an den Kleinhandel abzugeben und dadurch dem Verbraucher die Verteuerung durch den kapitalistischen Großhandel zu ersparen. Auch auf dem Gebiet der Vergebung von größeren Druckarbeiten bedient sich der Kommunalverband Heppenheim der Genossenschaftsbetriebe. Auch das geschäftliche Ergebnis der letzten 4 1/2 Monate ist ein sehr befriedigendes; betragen doch die Umsätze trotz der gewaltigen Lohn- und Gehaltssteigerungen und der Steigerung aller übrigen Kosten noch nicht ganz 1 Prozent des Umsatzes. Die Warenstände konnten durch gute Dispositionen von 152 000 M. auf 41 000 M. zurückgebracht werden, während der Umsatz um etwa 270 Prozent gestiegen ist.

Diese Ergebnisse zeigten schon der Einfluß und die Mitarbeit erprobter Genossenschaftler. Der Erfolg wäre unstreitig noch größer, wenn der ganze organisierte Apparat unserer Konsumvereine in die kommunale Versorgung eingeklinket worden wäre.

## Korrespondenzen.

Widlich-Ebenhausen. Am 27. September fand hier im „Grünen Baum“ die Quartalsversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Kassenericht, 2. Verschiedenes. Der Kassierer Heimerl gab den Kassenericht. Er wurde für richtig befunden und dem Kassierer Entlastung erteilt. Unter Punkt 2 wurde der Lokalbeitrag von 10 Pf. auf 20 Pf. erhöht. Ferner wurden Klagen laut von den Kollegen aus dem Betrieb Lader Binder, daß sich dort die Behandlung und Entlohnung ganz nach Willkür des Arbeitgebers richtet. Es ist Zeit, geordnete Zustände zu schaffen. Die Vorstandskasse erklärte sich bereit, weitere Schritte zu unternehmen. Zum Schluß der Versammlung erklärte Vorsitzender Godner Zweck und Ziel der Organisation. Es sei damit nicht genug getan, wenn der Beitrag bezahlt wird, sondern es müssen auch die Bestimmungen sorgfältig beachtet werden. Er berichtete auch, daß wir hier, wie es in verschiedenen anderen Orten der Fall sei, alle 14 Tage einen Diskussionsabend abhalten wollen. Damit sich die Kollegen auch geistig austauschen und nicht in dem nächsten Werkstätten-Trotz ihr Leben verbringen, denn Wissen ist Macht und Einigkeit und Vertrauen ist nur zu erzielen durch gegenseitigen Gedankenaustausch. Sämtliche anwesenden Kollegen erklärten sich damit einverstanden, die Diskussionsabende hier einzuführen und versprochen rege Beteiligung.

Dresden. In der am 3. Oktober tagenden Versammlung berichtete Kollege Seidel über die Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuss. Obwohl die meisten Redner mit dem Schlichtungsbeschluss, der besagt, daß vom 20. September ab 2.90 M. Stundenlohn und 150 Prozent auf den Akkordlohn bezahlt werden, nicht zufrieden waren, wurde der Spruch doch mit Mehrheit anerkannt. Zu den Verhandlungen über den Reichslohntarif wurde Kollege Seidel gewählt. Bekanntgegeben wurde noch eine interne Angelegenheit der Sandsteinarbeiter. Das Protokoll der Versammlung wird vom 7. Oktober ab allen franten oder abwesenden Kollegen pro Tag 1 Mark örtlicher Zulage gewährt, doch wird diese

Einsparung nur von Lohn sein können, wenn von der Generalversammlung im Januar ein entsprechender Zuschlag auf die Beitragsrate festgelegt wird.

Leipzig. (Marmorarbeiter.) In einer früheren Versammlung war beschlossen, vom 1. Oktober an sich mit der Zahlstelle der Sandsteinarbeiter zu vereinigen. Die Vereinbarungen über unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen, die Ende August abgeschlossen waren, sollten nun von den Sandsteinarbeitern bzw. deren Leitung neu vereinbart werden. Die Arbeitgeber der Leipziger Marmorbranche nahmen nun die Vereinigung mit den Sandsteinarbeitern zum Vorwand, um örtliche Vereinbarungen in der Marmorbranche abzuschließen und werten dafür ein, daß analog dem schärfsten Landeslohn auch unsere Abmachungen für ganz Sachsen stattfinden. Die Marmorarbeiter konnten gegen eine solche Regelung nichts einwenden, sondern sie nur begründen. Es fanden dann auch zwei Verhandlungen statt, eine in Leipzig, die andere in Dresden, die dann auch eine Einigung brachte, die in Nr. 89 bereits veröffentlicht wurde. In einer Versammlung Ende September wurde Bericht von den Verhandlungen gegeben und nach längerer Aussprache beschlossen, die in Dresden getroffenen Abmachungen anzuerkennen. Kritisiert wurde jedoch, daß in der ersten Verhandlung der Kollege Seidel als Vertreter der Dresdener Marmorarbeiter durch die Heizung, daß die Marmorarbeiter nicht so qualifizierten Arbeiter fertigen wie im Sandsteinberuf, und in der Lohnbemessung sehr geschädigt hat. Die Folge war, daß ein gleicher Lohn wie in der Sandsteinbranche abgelehnt wurde. Von einigen Kollegen wurde auch auf den Dresdener Versammlungsbericht in Nr. 37 verwiesen und Vergleich gezogen mit den dort von Seidel gemachten Behauptungen und der vorstehend angeführten Äußerung. Nach unseren Feststellungen ist diese Heizung in bezug auf die Scheiter gefallen und im Zusammenhang mit der gesundheitsgefährlichen Wirkung der Sandsteinbearbeitung, was beides nicht bestritten werden kann (Red.) — Im übrigen kamen noch einige örtliche Angelegenheiten zur Sprache, und zum Schluß wurden die Anwesenden ermahnt, das Vereinbarte auch hochzuhalten. Wenn auch nicht das Verlangte erreicht wurde, so sei der Abschied für den ganzen Bezirk immerhin ein Fortschritt.

Chemnitz. Am 5. Oktober tagte hier im Volkshaus unsere Bezirkskonferenz für den Südwestsächsischen Pfaffenberbezirk. Mit Ausnahme der Zahlstelle Verbersdorf waren alle Zahlstellen des Bezirks vertreten. In Punkt 1 der Tagesordnung erstattete Kollege Zippel Bericht von der Verhandlung über den Reichsarbeitsvertrag. Dieser verbreitete sich in großen Zügen über die Verhandlung und schickerte die Vorteile, die für die Kollegen herausgeholt wurden. Die Diskussion brachte die Anerkennung des Verbands durch die Anwesenden. Zum Punkt 2 referierte Gauleiter Wallner über den Reichslohntarif. Der Reichsarbeitsvertrag ist ein Mantelvertrag. Die Lohnfrage müßte nun im Bezirk von den Kollegen festgesetzt werden. Hierzu wurde eine Kommission gewählt, um die Lohnfrage zu erörtern und hat nach Fertigstellung diese der Gauleitung zu übersenden. Dann wurde Kollege Zippel einstimmig als Bezirksvertrauensmann gewählt. Gauleiter Wallner empfahl zur Deckung der Unkosten für den Bezirk einen Vorkaufschlag von 10 Pf. pro Mitglied und Quartal zu erheben. Einige Kollegen kritisierten, daß man immer wieder die Zahlstellen belasten will und waren der Meinung, daß der Gau die Kosten tragen soll. Nach längerer Debatte wurde auf Vorschlag des Kollegen Oehm beschloffen, pro Mitglied und Quartal 5 Pf. zu erheben. Kollege Zippel verwies dann noch auf die Reichslohnverhältnisse, wozu das Angebot vorliege, für einen verhältnismäßig niedrigen Preis Kleider und Schuhe zu erhalten. Empfohlen wurde, daß die Kollegen recht Gebrauch davon machen sollen. Kollege Oehm berichtete über den letzten abgeschlossenen Lohnvertrag in Wittweido. Weiter wurden die Schlichtungsausschüsse gestreift, die endgültig durch den Abschluß des Reichsarbeitsvertrages bestimmt werden. Eine längere Debatte fand über die jetzige Entlohnung statt. Die nächste Bezirksversammlung soll in zwei Tagen.

Stierdorf. Hier fand am 3. Oktober eine Versammlung statt, in der Gauleiter Steinger anwesend war. Eine Motion über die Entlohnung des Reichsarbeitsvertrages für die Denkmalsindustrie wurde zunächst der Artikel in der Nr. 40 des Fachorgans (Bericht von den Schlichtungsverhandlungen in Berlin) besprochen. Die Debatte war besonders erregt und liefen sich die Ausdrücke nicht abgeben. Besonders wurde hervorgehoben, daß Leipzig die teuerste Stadt Sachsens sei und außerdem in nächster Nähe das Bad Ziegenhals liege, wodurch die Teuerung noch verschärft werde. Im weiteren wurde das Ergebnis der Verhandlungen mit dem Unternehmer besprochen, zu welchem Zeitpunkt infolge Krankheit des Gauleiters, Kollege Mehrfort, abgab, anwesend war. Die Kollegen betrauten die Behauptung des Unternehmers, Mehrfort habe die Leute nur verheißt, weil er von Stierdorf zu Hause ist, als Provokation. Zuerst war Steinger der Seher und rief die Arbeiter nach Belieben verfahren können. Wenn er hoffe, daß die Kollegen jenseits der Grenze sofort beim Aufstand werden und uns in den Rücken fallen würden, so läusche er sich gewaltig. Was andere Unternehmer bezahlen können, müßte er mindestens auch können. Gauleiter Steinger stellte einzelne Punkte des Reichsarbeitsvertrages, belehrte die Kollegen über die Berechnungsweise und forderte die Kollegen auf, sich durch keinerlei Einflüsterungen an der Einigkeit lösen zu lassen. Es sei erklärlich, daß alle Stände und besonders die Geistlichkeit und die Bauern gegen die Draufgänger der Arbeiter arbeiten, da sie zu gut wissen, daß ihre Macht verringert wird, sobald die Arbeiter ihre Rechte fordern.

Groß-Kunzendorf (Kreis Meiße). Ein fast von der gesamten Arbeiterklasse der Marmorindustrie besuchte Steinarbeiterversammlung fand am 4. Oktober statt. Gauleiter Steinger sprach über Taktik bei Streiks und Lohnbewegungen. Er schilderte die Bestrebungen der Arbeiterklasse, ihre Lage zu verbessern und zeigte, in welcher Weise von den Gegnern alle Bestrebungen derselben bekämpft wurden. Inzwischen von den Verhältnissen der Vorkriegszeit mit der Taktik jede Verbindung der Arbeiter illusorisch zu machen, kam er auf die lokalen Verhältnisse zu sprechen. Kritisierte das Bestreben, die Arbeiter in verschiedene Lager zu spalten und wies den Kollegen nach, daß gerade im Marmorgebiet alles daran gesetzt wurde, die Organisation nicht hoch kommen zu lassen. Nachdem er des Wesen der Schlichtungsausschüsse erläuterte, forderte er auf, den gewählten Kommissionsmitgliedern Vertrauen entgegenzubringen, die alles daran setzen werden, um einen annehmbaren Tarif zustande zu bringen. Es sei nicht am Platze, ängstlich zu sein, denn die gegenwärtige Konjunktur in der Marmorbranche biete die Möglichkeit, Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Nachdem Keitens der Kollegen noch verschiedene Wünsche geäußert, sprach Kollege Steinger über die Aufgaben der Arbeiterklasse, besonders hervorhebend, nicht zu ruhen, bis sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen, auch die der anderen Berufe, organisiert seien. Bei den bevorstehenden Gemeinderatswahlen müßte die Arbeiterklasse alles daran setzen, entsprechend ihrer Stärke vertreten zu sein. An Beispielen zeigte er, wie bisher in den Kommunen verfahren wurde und die Herrschenden unter sich nur die eigenen Interessen wahrnehmen hätten. Er verwies auf die Verantwortung für den Volkst- und Bauern, nach der eine Steuerermäßigung bei den Kommunalabgaben bis zu einem Einkommen von 6000 Mark zulässig sei und der Ausfall durch die höheren Einkommen gedeckt werden müßte. Die Gemeinden können die Einkommen durchzuführen, werden es aber nur dort machen, wo die Arbeiterklasse genügend Einfluß hat. Auch auf diesen anderen Gebieten können sich die Arbeiter Erleichterungen verschaffen. Seitens der Kollegen wurde noch auf die Lebensmittelversorgung verwiesen, wo die Gemeinde bisher völlig verfaßt habe und nur durch das Eintreten der Betriebsleitung der Firma Thum und der Rohstoffleitung einige Verbesserungen zu verzeichnen sei. In den Schulhauskührungen verurteilte der Gauleiter das Verhalten der Volkswirtschaft, welche ihre Sätze unter allen möglichen Gründen verwekern, so daß die Herkommenen meistens im freien Gehörten werden müssen. Die Arbeiterklasse müsse den Herren beweisen, daß auch sie staatsrechtlich sind. Mit der Unterstützung für die Interessen der Arbeiter zu wirken und einig zu bleiben, wurde die Versammlung geschlossen.

Hilfförderung. Vor allem bedauerlich ist die Vorherrschaft Welt den jährlichen Versammlungsbesuch, denn von 100 Mitgliedern waren nur 30 anwesend. Kassierer Sillinger gab den Kassenericht vom dritten Quartal. Ferner wurden die Kollegen Weitz, Neudorf, Ze-

Amberg, Meil, Filling als Delegierte zu den Delegiertenkonferenzen gewählt. Der Betriebsrat wurde beantragt, dafür zu sorgen, daß die Arbeiterräume für den Winter in Ordnung gebracht werden. Auch wurde eine Strafe festgesetzt, wer unentschuldig von der Versammlung wegbleibt. Die Kollegen scheinen nicht zur Einigkeit zu kommen in dieser schweren Zeit, wo die Arbeiter auf sich selbst angewiesen sind, oder müssen wir uns mit durch den Kapitalismus zusammenreiben lassen? Dann kam es zu nicht erweislichen Auseinandersetzungen, es befanden sich in unserer Reihen zwei Parteien: N. S. P. und Rechtslosigkeiten. (Die Festsetzung von Strafen fördert sicher nicht den Versammlungserfolg, sondern richtiger wird es sein, für Anregungen in den Versammlungen zu sorgen, um das Interesse zu wecken. Vielleicht sind auch die angeführten politischen Auseinandersetzungen schon am schiedlichen Versammlungserfolg? Wenn es sich auch nicht immer vermeiden läßt, daß mal die Anschauungen auseinander klaffen, aber im Interesse der wirtschaftlichen Aufgaben muß in dieser Beziehung Maß gehalten werden können. Red.)

Amberg. Mit den Aufgaben der Arbeitersprüche beschäftigte sich eine Steinarbeiterversammlung der Zahlstelle Dürrensdorf. Gauleiter Steinger entschuldigte zuerst seine Verspätung, die dem Streik bei der Kreisbahn zuzuschreiben sei und schilderte dann die Aufgaben der Arbeitersprüche unter Berücksichtigung des Entwurfs zum Betriebsratsgesetz. Er verwies darauf, daß es verkehrt wäre, den Instanzen die Macht zu übertragen, die Interessen des einzelnen Arbeiters völlig wahrzunehmen. Es wird auch in Zukunft nicht anders werden, daß der einzelne Arbeiter auch dem Unternehmer oder seinen Vertretern gegenüber seine Rechte fordern. Erst dann, wenn er mit denselben eine Einigung nicht erzielt, hat der Arbeiterspruch einzugreifen. Da die Mitglieder des Arbeiterspruches das arbeiten müssen, können sie sich nicht um jede Einzelheit kümmern. In der Debatte wurde die Forderung gestellt, an die Unternehmer um Erhöhung der Teuerungszulagen heranzutreten, da bei den jetzigen Verhältnissen nicht mehr auskommen sei.

Amberg. Am 7. Oktober fand bei Weidrich in Neu-Weidrich eine Mitgliederversammlung statt. Beim Verlesen der Protokolle stellte es sich heraus, daß 15 Mitglieder der Versammlung schwänzten. Zunächst wurde das Protokoll von der letzten Versammlung verlesen. Alsdann verlas der Kassierer die Abrechnung vom dritten Quartal, die für richtig befunden wurde. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, Wahl eines Vorsitzenden, begründete der bisherige Vorsitzende Kollege Reichel die Niederlegung seines Amtes, daß er am 1. November d. J. die Stelle eines Amtsvorstehers im Amtsbereich Amberg antritt, auch durch die allgemeine Arbeitslosigkeit der Steinmehlen am Ort sei Grund, denn es ist nicht gut, den Vorsitz in einer Zahlstelle zu führen, in der man nicht beschäftigt ist. Zu der nun folgenden Wahl wurde Kollege Scholze als erster und Kollege Robert Scholze als zweiter Vorsitzender gewählt. Zur Kostendeckung der Tagungsverhandlungen in Leipzig und Breslau wurde beschlossen, unseren Anteil durch Kopffsteuer zu erheben. In der nun folgenden Abstimmung über Akkord oder Lohn wurden von 51 Stimmen alle für Zeillohn abgegeben. Das kommende Betriebsratsgesetz wurde sodann in eingehender Weise von unserem Kollegen Reichel gesehrt, und es wurde auch darüber debattiert. Am Punkt Verschiedenes erhoben sich auch Stimmen über das Bezahlen der Beiträge, die Versammlung verlangte, daß jeder, der in der jetzigen Sandsteinindustrie beschäftigt ist, auch seine Verbindlichkeiten hier am Ort bezahlen muß und nicht bei seinem früheren Arbeitgeber. Kollege Schiffer bedankt sich persönlich für die ihm erwiesene Unterstützung nach seinem Unfall. Eine rege Debatte entspann sich sodann über die verschiedenen Löhne der Zigarbeiter, auch hier wurden die nötigen Schritte sofort unternommen. Als Krankenkassierer aus unserer Mitte wurde Kollege Seidel gewählt. Zum Schluß gab Kollege Reichel noch einige Anmerkungen über das neue Gesetz „Die Wochenfürsorge“ und erwähnte die Kollegen, ihrem neuen Vorstand das Amt zu erleichtern, indem sie fest und treu zusammenstehen und den Herabsetzungsbestrebungen, dritter dadurch einen festen Damm entgegensetzen, denn Einigkeit macht Kraft.

Kositz. Die Kollegen von Kositz stellten am 1. August 1919 eine Lohnforderung von 2.10 M. Stundenlohn für Steinmehlen und 130 Prozent für Schleifer 2 M., Stundenlohn und 150 Prozent Akkordzuschlag, Hilfsarbeiter 1.50 M. Bei den Verhandlungen boten die Unternehmer den Steinmehlen, Maßhauer- und Hand-schleifern 130 Prozent, dazu einen Sonderzuschlag für Schleifer von 10 Prozent = 140 Prozent auf die Grundlöhne des alten Tarifes unter Fortfall aller Nebenbezüge. Verbindung ist aber, daß am 10. Oktober der Reichslohntarif mit 135 Prozent Teuerungszulage für alle Arbeitertarife eingeführt wird, und die 10 Prozent Ertragszuschlag der Schleifer aus dem Ertragszuschlag verdrängt wird. Der Ertragszuschlag wird so hoch garantiert, daß alle Arbeiter bei gleicher Arbeitsleistung wie im letzten Jahr mindestens dasselbe verdienen, wie nach dem 15. August mit den Zuschlägen, so daß keine Verschlechterung eintreten darf. Der festgesetzte Ertragszuschlag wird mit der Teuerungszulage zusammengezählt und dann die Summe auf den Grundlohn aufgeschlagen. Die Tagelöhne werden, wenn obige Bedingungen von den Steinmehlen, Maßhauer und Schleifern angenommen werden, festgesetzt für Steinmehlen auf 2.05 M., Schleifer 1.90 M. und Hilfsarbeiter 1.75 M.; dieselben gelten vorläufig bis zum 30. Juni 1920, wenn nicht ein allgemeiner Abbau eintritt. Die Höhe der Tagelöhne soll nicht als Grundlöhne für die Berechnung des Ertragszuschlages dienen. Die Nachzahlung erfolgt ab 15. August 1919. Dieses Angebot wurde von Seiten der Kollegen abgelehnt, worauf der Schlichtungsausschuss anerkannt wurde. Der Schlichtungsbeschluss wurde wie folgt gefasst: Der Schlichtungsausschuss stellt sich auf das Lohnangebot der Arbeitgeber, soweit es die Steinmehlen und Schleifer angeht, dagegen wird den Maßhauern ein Stundenlohn von 1.90 M. zugesprochen. Neben dem Akkordzuschlag von 130 Prozent, wie ihn der bisherige Schlichtungsbeschluss hat und er auch von beiden Organisationen anerkannt ist, glaubt der Schlichtungsausschuss nicht hinausgehen zu können. Die Materialberechnung soll nach dem von den Schleifern gewünschten und den Arbeitgebern anerkannten Vorschlag berechnet werden ab 15. August 1919. Dieser Spruch gilt bis zum Inkrafttreten des Reichslohntarifs. — Eine am 28. September tagende Versammlung nahm nach längerer Debatte den Schlichtungsbeschluss an. Unter Verschiedenem wurde die Wehllingsfrage betreffs eines angeordneten Monatslohns angeknüpft.

## Rundschau.

Der Zentralverband der Bildhauer ist mit dem 1. Oktober vom Hof- und Bildhauerverband übergetreten. In der Nr. 40 der Bildhauerzeitung wird „Zum Abschied“ in kurzen Strichen Ursache und Weggang der Bildhauerorganisation skizziert. „Vor 38 Jahren im Jahre 1881 wurde der Grundstein gelegt zur Zentralorganisation der deutschen Bildhauer. Wir nehmen Abschied von dem uns lieb gewordenen Alten, das zu eng geworden angesichts der zu lösenden neuen Aufgaben, an deren Bewältigung wir mit viel größerem Eifer noch herantraten werden in dem großen Verbande mit seinen viel umfangreicheren Einrichtungen, als wir sie in unserem kleinen Verbande haben konnten. Der feste Wille dazu ist vorhanden bei der übergroßen Zahl unserer Kollegen, und wenn wir es zusammenhalten wie bisher, dürfen wir voller Hoffnung sein auf Gewinnung unserer ganzen beruflichen Verhältnisse.“

Das Beste zu wollen im Interesse der gesamten Kollegenschaft war stets unser Streben, und so muß jeder von uns in gleichem Sinne auch fernerhin seine Pflicht tun. Das Bildhaueramtliche wird im Deutschen Hof- und Bildhauerverband die Stelle einnehmen, die es sich durch Eifer und Pflichterfüllung zu erringen vermag.“

Der Steinarbeiterverband halte mit der Bildhauerorganisation in der ein sehr kameradschaftliches Verhältnis, das durch die berufliche Verwandtschaft der Steinbildhauer bedingt war. Wir sind überzeugt, daß dieses Verhältnis auch weiterhin bestehen bleibt mit der Bildhauergruppe im Hof- und Bildhauerverband.

Internationale Arbeiterkollaboration. Dem bündlichen Parteiblat „Sozialdemokrat“ zufolge beschloffen die standpolitischen Gewerkschaften gemeinschaftlich eine Gesamtsumme von 10 Millionen Kronen aufzubringen, durch die die deutschen Gewerkschaften instand gesetzt werden sollen, für die standpolitische Valuta Lebensmittel in den Standorten

